



Amtsgericht Gütersloh

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Donnerstag, 06.03.2025, 10:30 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal 105, Friedrich-Ebert-Str. 30, 33330 Gütersloh

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Gütersloh , Blatt 42865,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Gütersloh , Flur 50, Flurstück 9, Gebäude- und Freifläche, Kahlertstraße 84, 86 , Größe: 986 m²

Grundbuch von Gütersloh , Blatt 42865,

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Gütersloh , Flur 50, Flurstück 13, Gebäude- und Freifläche, Kahlertstraße 84, Größe: 1.897 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um zwei mit einem nicht unterkellerten, zweigeschossigen Gewerbeobjekt (Geschäft im Erdgeschoss und Fitnessstudio im Obergeschoss) nebst Doppelgarage und diversen Abstellräumen, Baujahr: 1954, Nutzfläche: 2.101 m². sowie einem unterkellerten, zweigeschossigen Einfamilienhaus mit ausgebautem Spitzboden, Baujahr 1936, Wohnfläche: 339 m² bebauten Grundstücken, welche aufgrund der Bebauung eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 28.03.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

1.250.000,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Gütersloh Blatt 42865, lfd. Nr. 1 304.000,00 €
- Gemarkung Gütersloh Blatt 42865, lfd. Nr. 2 946.000,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.